Verordnung über die Alkohol- und Drogentherapien (ADV)

Vom 25. September 2001 (Stand 1. Januar 2021)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft,

gestützt auf § 74 Abs. 2 der Kantonsverfassung[1)],

beschliesst:

1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Regelungsbereich

[1] Diese Verordnung regelt den Vollzug:

a. * des Gesundheitsgesetzes vom 21. Februar 2008 [2)] (GesG) im Bereich der ambulanten und stationären Therapien für alkoholkranke Personen;

b. des Gesundheitsgesetzes im Bereich der stationären Therapien für drogenkranke Personen;

c. des Sozialhilfegesetzes vom 21. Juni 2001[3)] (SHG) im Bereich der diesbezüglichen Unterstützungen.

[2] Sie regelt zudem die kindesschutzrechtlich angeordneten Drogentherapien. *

§ 2 Persönliche Aufwendungen *

[1] Persönliche Aufwendungen während einer Alkohol- oder Drogentherapie sind von den Betroffenen oder von ihren Unterhaltspflichtigen zu tragen.

[2] ... *

[3] ... *

1) SGS 100
2) GS 36.0808, SGS 901
3) SGS 850

2 Therapien für alkoholkranke Personen

§ 3 Übertragung an Fachstellen (§ 47f GesG, § 20 SHG)

[1] Die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion ist zuständig: *

a. die Durchführung ambulanter Alkoholtherapien an aussenstehende Fachstellen zu übertragen;

b. die Beratungs-, Begleitungs- und Stützungsaufgabe während stationären Alkoholtherapien an aussenstehende Fachstellen zu übertragen;

c. die für die Ausrichtung von sozialhilferechtlichen Unterstützungen an alkoholkranke Personen anerkannten Fachstellen zu bestimmen.

[2] Sie schliesst mit den beauftragten Fachstellen Leistungsvereinbarungen ab.

§ 4 Hilfe

[1] Jede Person kann bei den beauftragen Fachstellen um unentgeltliche Hilfe für die eigene Alkoholkrankheit oder -gefährdung oder für diejenige einer Drittperson nachsuchen.

§ 5 Alkoholtherapien

[1] Die Fachstellen führen die ambulanten Alkoholtherapien nach anerkannten Methoden durch und richten sie auf Rehabilitation und soweit als möglich auf Abstinenz aus. *

[2] Bei ambulanten und stationären Alkoholtherapien beraten, begleiten und stützen die Fachstellen die alkoholkranke Person sowie deren Bezugspersonen.

§ 6 Frühkontakte

[1] Die Fachstellen suchen direkten oder indirekten Frühkontakt zu alkoholkranken oder -gefährdeten Personen.

[2] Sie führen insbesondere bei Jugendlichen, bei Berufsleuten und deren Vorgesetzten sowie bei Personen, die wegen Angetrunkenheit gegen das Strassenverkehrsrecht verstossen haben, Frühkontakte durch.

3 Therapien für drogenkranke Personen

3.1 Allgemeine Bestimmungen

§ 7 Aufwendungen für Drogentherapien; sozialhilferechtliche Unterstützungen (§§ 6 und 35 SHG)

[1] Die Aufwendungen für stationäre, freiwillige oder kindesschutzrechtlich angeordnete Drogentherapien sind unter Vorbehalt von § 7a von den Betroffenen oder ihren Unterhaltspflichtigen zu tragen. *

[2] Sind die Betroffenen oder ihre Unterhaltspflichtigen bedürftig, erhalten sie nach Massgabe der Sozialhilfegesetzgebung Unterstützungen an ihre Aufwendungen.

[3] Der Kanton trägt die Kosten dieser Unterstützungen. Die Gemeinde des Unterstützungswohnsitzes vergütet dem Kanton einen Viertel der Kosten. *

§ 7a * Beiträge an Drogentherapien von Minderjährigen

[1] Der Kanton richtet Beiträge an stationäre, freiwillige oder kindesschutzrechtlich angeordnete Drogentherapien von Minderjährigen aus und trägt die entsprechenden Kosten.

[2] Die Kostenbeteiligung der Unterhaltspflichtigen und der Minderjährigen richtet sich nach §§ 28 - 30, 32 - 35 und 37 der Verordnung über die Kinder- und Jugendhilfe.

§ 8 Anerkannte Fachstelle zur Ausrichtung von Unterstützungen (§ 20 SHG)

[1] Als Fachstellen zur Ausrichtung von sozialhilferechtlichen Unterstützungen an drogenkranke Personen werden die Ambulatorien Schwerpunkt Abhängigkeitserkrankungen (SAE) der Psychiatrie Baselland anerkannt. *

3.2 Freiwillige Drogentherapien

§ 9 Unterstützungsvoraussetzungen

[1] Unterstützt werden Aufenthalte in stationären Drogentherapien:

a. * deren Ziel die Entgiftung und Rehabilitation sowie grundsätzlich die Abstinenz ist,
b. die im Therapierahmen die persönliche Entwicklung, die soziale Kompetenz sowie die Beziehungsfähigkeit fördern oder wiederherstellen,
c. deren Wirksamkeit wissenschaftlich anerkannt ist und
d. deren Kosten angemessen sind.

[2] Ausnahmsweise kann eine Drogentherapie unterstützt werden, die über die unmittelbare Therapierung hinausgeht, sofern eine zweite, unabhängige Fachperson die Indikation bestätigt.

§ 10 Neue Drogentherapie-Methoden

[1] Aufenthalte in stationären Drogentherapien, die auf neuen Methoden basieren, können unterstützt werden, wenn:

a. die Voraussetzungen von § 9 Abs. 1 Bst. a, b und d erfüllt sind,
b. die Indikation durch eine zweite, unabhängige Fachperson bestätigt wird und
c. der verantwortliche Therapeut oder die verantwortliche Therapeutin sich über eine genügende Ausbildung und Erfahrung in der Drogentherapie-Arbeit ausweisen kann und sich bei der Therapie-Arbeit durch eine erfahrene Fachperson begleiten lässt.

§ 11 Gesuch und Entscheid

[1] Das Gesuch um Unterstützung einer Drogentherapie muss enthalten:

a. die durch die ermächtigte Fachstelle oder Fachperson erstellte Indikation,
b. gegebenenfalls die Bestätigung der zweiten Fachperson,
c. die Begründung für die beabsichtigte Therapie-Institution,
d. die Regelung der Nachsorge und
e. die Stellungnahme des kommunalen Sozialhilfeorgans.

[1bis] Bei Gesuchen von Minderjährigen reicht das kommunale Sozialhilfeorgan zusammen mit seiner Stellungnahme die Berechnung der Kostenbeteiligung der Unterhaltspflichtigen mit den relevanten Nachweisen von Einkommen und Vermögen ein. *

[2] Das Amt für Gesundheit entscheidet über das Gesuch. *

§ 12 Vollzug der Unterstützungen

[1] Das Amt für Gesundheit überprüft die mit der Unterstützung für die Drogentherapie zusammenhängenden Kosten und veranlasst beim Kantonalen Sozialamt deren Bezahlung. *

[2] Das Kantonale Sozialamt richtet die Bezahlung aus und rechnet mit den betreffenden Gemeinden des Unterstützungswohnsitzes sowie gegebenenfalls mit weiteren Kostenpflichtigen nach Massgabe der Sozialhilfegesetzgebung ab. *

[3] Das Amt für Gesundheit richtet die Beiträge an Drogentherapien von Minderjährigen aus und legt die Kostenbeteiligung der Unterhaltspflichtigen und der Minderjährigen fest. Es kann den Einzug der Kostenbeteiligung an die Therapie-Institution übertragen. *

§ 13 Indikationsstellung

[1] Die Ambulatorien Schwerpunkt Abhängigkeitserkrankungen (SAE) der Psychiatrie Baselland sind ermächtigte Fachstellen zur Indikationsstellung. *

[2] Das Amt für Gesundheit kann weitere Institutionen zur Indikationsstellung ermächtigen. *

§ 14 Drogentherapie-Kommission

[1] Der Regierungsrat setzt eine Kommission für Drogentherapien ein und bestimmt deren Präsidenten oder Präsidentin aus dem Kreise derjenigen Mitglieder, die nicht der Verwaltung angehören.

[2] Der Kommission gehören der oder die kantonale Suchtbeauftragte, Vertreter und Vertreterinnen der kommunalen Sozialhilfeorgane und Sozialdienste, der kantonalen Ärzteschaft sowie weiterer befasster Institutionen an. *

[3] Die Kommission beurteilt zuhanden des Amtes für Gesundheit die einzelnen Therapie-Institutionen im Kanton hinsichtlich der kantonalen Voraussetzungen zur Unterstützung von Drogentherapien. *

3.3 Kindesschutzrechtlich angeordnete Drogentherapien *

§ 15 * Begriffsbestimmung

[1] Kindesschutzrechtlich angeordnete Drogentherapien im Sinne dieser Verordnung sind:

a. die durch die Kindesschutzbehörde gestützt auf Art. 310 ZGB[4)] gegenüber Minderjährigen angeordneten Unterbringungen in Form von Drogentherapien;

b. die durch die Kindesschutzbehörde gestützt auf Art. 327c Abs. 3 / Art. 428 Abs. 1 ZGB gegenüber bevormundeten Minderjährigen angeordneten Unterbringungen in Form von Drogentherapien.

§ 16 * Anordnung

[1] Vor der kindesschutzrechtlichen Anordnung einer Drogentherapie ist eine Fachperson anzuhören, die gemäss § 13 zur Indikationsstellung ermächtigt ist.

§ 16a * Gesuch, Entscheid und Vollzug

[1] Das Gesuch um Unterstützung einer kindesschutzrechtlich angeordneten Drogentherapie muss enthalten: *

a. die durch die ermächtigte Fachstelle oder Fachperson erstellte Indikation,

b. * die Anordnung der Kindesschutzbehörde,

4) SR 210

c. die Stellungnahme des kommunalen Sozialhilfeorgans.

[1bis] Das kommunale Sozialhilfeorgan reicht zusammen mit seiner Stellungnahme die Berechnung der Kostenbeteiligung der Unterhaltspflichtigen mit den relevanten Nachweisen von Einkommen und Vermögen ein. *

[2] Das Amt für Gesundheit entscheidet über das Gesuch. *

[3] Der Vollzug richtet sich nach § 12 Absatz 3. *

4 Schlussbestimmungen

§ 17 Änderung bisherigen Rechts

[1] Die Verordnung vom 11. Juni 1991[5)] über den Straf- und Massnahmevollzug wird wie folgt geändert: ...[6)]

§ 18 Aufhebung bisherigen Rechts

[1] Es werden aufgehoben:

a. die Verordnung vom 6. November 1978[7)] über die Beratungsstelle für Alkoholgefährdete,

b. die Verordnung vom 2. Dezember 1997[8)] über die Massnahmekosten und die Unterstützung von Drogentherapien.

§ 19 Inkrafttreten

[1] Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2002 in Kraft.

5) GS 30.578, SGS 261.41
6) GS 34.288
7) GS 26.844, SGS 852.11
8) GS 32.988, SGS 852.21

Änderungstabelle - Nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
25.09.2001	01.01.2002	Erlass	Erstfassung	GS 34.0284
20.08.2002	01.10.2002	§ 12 Abs. 2	geändert	GS 34.590,
03.06.2003	01.07.2003	§ 12 Abs. 1	geändert	GS 34.1070
03.06.2003	01.07.2003	§ 16a	eingefügt	GS 34.1070
05.09.2006	01.01.2007	§ 2	Titel geändert	GS 35.982
05.09.2006	01.01.2007	§ 2 Abs. 2	aufgehoben	GS 35.982
05.09.2006	01.01.2007	§ 2 Abs. 3	aufgehoben	GS 35.982
08.11.2011	01.01.2012	§ 3 Abs. 1	geändert	mit GS 37.681
04.12.2012	01.01.2013	§ 1 Abs. 2	geändert	wg. GS 37.1145
04.12.2012	01.01.2013	§ 7 Abs. 1	geändert	wg. GS 37.1145
04.12.2012	01.01.2013	Titel 3.3	geändert	wg. GS 37.1145
04.12.2012	01.01.2013	§ 15	totalrevidiert	wg. GS 37.1145
04.12.2012	01.01.2013	§ 16	totalrevidiert	wg. GS 37.1145
04.12.2012	01.01.2013	§ 16a Abs. 1	geändert	wg. GS 37.1145
04.12.2012	01.01.2013	§ 16a Abs. 1, Bst. b.	geändert	wg. GS 37.1145
09.03.2021	01.01.2021	§ 1 Abs. 1, Bst. a.	geändert	GS 2021.022
09.03.2021	01.01.2021	§ 5 Abs. 1	geändert	GS 2021.022
09.03.2021	01.01.2021	§ 7 Abs. 1	geändert	GS 2021.022
09.03.2021	01.01.2021	§ 7 Abs. 3	geändert	GS 2021.022
09.03.2021	01.01.2021	§ 7a	eingefügt	GS 2021.022
09.03.2021	01.01.2021	§ 8 Abs. 1	geändert	GS 2021.022
09.03.2021	01.01.2021	§ 9 Abs. 1, Bst. a.	geändert	GS 2021.022
09.03.2021	01.01.2021	§ 11 Abs. 1bis	eingefügt	GS 2021.022
09.03.2021	01.01.2021	§ 11 Abs. 2	geändert	GS 2021.022
09.03.2021	01.01.2021	§ 12 Abs. 1	geändert	GS 2021.022
09.03.2021	01.01.2021	§ 12 Abs. 3	eingefügt	GS 2021.022
09.03.2021	01.01.2021	§ 13 Abs. 1	geändert	GS 2021.022
09.03.2021	01.01.2021	§ 13 Abs. 2	geändert	GS 2021.022
09.03.2021	01.01.2021	§ 14 Abs. 2	geändert	GS 2021.022
09.03.2021	01.01.2021	§ 14 Abs. 3	geändert	GS 2021.022
09.03.2021	01.01.2021	§ 16a Abs. 1bis	eingefügt	GS 2021.022
09.03.2021	01.01.2021	§ 16a Abs. 2	geändert	GS 2021.022
09.03.2021	01.01.2021	§ 16a Abs. 3	geändert	GS 2021.022

Änderungstabelle - Nach Paragraf

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Erlass	25.09.2001	01.01.2002	Erstfassung	GS 34.0284
§ 1 Abs. 1, Bst. a.	09.03.2021	01.01.2021	geändert	GS 2021.022
§ 1 Abs. 2	04.12.2012	01.01.2013	geändert	wg. GS 37.1145
§ 2	05.09.2006	01.01.2007	Titel geändert	GS 35.982
§ 2 Abs. 2	05.09.2006	01.01.2007	aufgehoben	GS 35.982
§ 2 Abs. 3	05.09.2006	01.01.2007	aufgehoben	GS 35.982
§ 3 Abs. 1	08.11.2011	01.01.2012	geändert	mit GS 37.681
§ 5 Abs. 1	09.03.2021	01.01.2021	geändert	GS 2021.022
§ 7 Abs. 1	04.12.2012	01.01.2013	geändert	wg. GS 37.1145
§ 7 Abs. 1	09.03.2021	01.01.2021	geändert	GS 2021.022
§ 7 Abs. 3	09.03.2021	01.01.2021	geändert	GS 2021.022
§ 7a	09.03.2021	01.01.2021	eingefügt	GS 2021.022
§ 8 Abs. 1	09.03.2021	01.01.2021	geändert	GS 2021.022
§ 9 Abs. 1, Bst. a.	09.03.2021	01.01.2021	geändert	GS 2021.022
§ 11 Abs. 1bis	09.03.2021	01.01.2021	eingefügt	GS 2021.022
§ 11 Abs. 2	09.03.2021	01.01.2021	geändert	GS 2021.022
§ 12 Abs. 1	03.06.2003	01.07.2003	geändert	GS 34.1070
§ 12 Abs. 1	09.03.2021	01.01.2021	geändert	GS 2021.022
§ 12 Abs. 2	20.08.2002	01.10.2002	geändert	GS 34.590,
§ 12 Abs. 3	09.03.2021	01.01.2021	eingefügt	GS 2021.022
§ 13 Abs. 1	09.03.2021	01.01.2021	geändert	GS 2021.022
§ 13 Abs. 2	09.03.2021	01.01.2021	geändert	GS 2021.022
§ 14 Abs. 2	09.03.2021	01.01.2021	geändert	GS 2021.022
§ 14 Abs. 3	09.03.2021	01.01.2021	geändert	GS 2021.022
Titel 3.3	04.12.2012	01.01.2013	geändert	wg. GS 37.1145
§ 15	04.12.2012	01.01.2013	totalrevidiert	wg. GS 37.1145
§ 16	04.12.2012	01.01.2013	totalrevidiert	wg. GS 37.1145
§ 16a	03.06.2003	01.07.2003	eingefügt	GS 34.1070
§ 16a Abs. 1	04.12.2012	01.01.2013	geändert	wg. GS 37.1145
§ 16a Abs. 1, Bst. b.	04.12.2012	01.01.2013	geändert	wg. GS 37.1145
§ 16a Abs. 1bis	09.03.2021	01.01.2021	eingefügt	GS 2021.022
§ 16a Abs. 2	09.03.2021	01.01.2021	geändert	GS 2021.022
§ 16a Abs. 3	09.03.2021	01.01.2021	geändert	GS 2021.022